

Ein Verführer mit der Bezeichnung „P. 01“ jagte einen großen Torpedobootstörer aus, der bei dem herrschenden rauhen Wetter gut 20 Mann fallen konnte. Er nahm jedoch nur 7 Überlebende über, die übrigen im Wasser treibend und zum Teil schwer verwundet. Leute, u. a. die Maschinisten, die in die Luft sprangen, die später beide ertrunken sind, wurden durch Schläge mit Seitengewehren und Hölzer zurückgeschlagen, als sie sich an dem Zutter festhalten wollten; einem hielt der Bootsoffizier sogar die Pistole vor die Stirn. Die Besatzung des Verführers machte keine Anstalten, etwa zehn Leute, die nur 2 bis 3 Meter vom Verführer entfernt schwammen, zu retten. Nach Einleihen des Zutters fuhr der Verführer mit hoher Fahrt fort. Weitere Verführer, die dicht an den Überlebenden vorbeifahren, beachteten weder ihre Ausrufe, noch ihr Winken; die englischen Seeleute lachten vielmehr, riefen den Schiffbrüchigen Worte zu, die nicht verstanden wurden und zeigten ihnen ihre Granaten.

Die Vernehmungen haben außerdem ergeben, daß ein englischer Verführer durch die artilleristische Wirkung unserer beiden Torpedoboots in Brand geraten war und anscheinend später von den Engländern versenkt wurde.

### Englischer Rückzug an der Struma.

Die Engländer haben in Mazedonien ihre vorhergehenden Stellungen auf dem Ostufer des Strumafusses, nördlich des Lahn-Sees, zwischen dem Struma im Westen und der Linie Seres-Demirhissar im Osten, aufgegeben. Die Bulgaren besetzen eine Reihe von Ortschaften, die die Engländer geräumt hatten. Die englischen Truppen bilden den rechten (östlichen) Flügel der



Saloniki-Armee des Generals Sarrail. Sie hatten im Laufe des Winters den Struma überschritten und waren in östlicher Richtung vorgerückt. Es war ihnen aber nicht gelungen, in das nur 7 bis 10 Kilometer entfernte Gebirgsgebiet vorzudringen. Ihre Angriffe waren von den dort stehenden bulgarischen Truppen abgewiesen worden, und sie hatten sich mit der Behauptung der in der Ebene liegenden Ortschaften begnügen müssen. Aus welchen Gründen der Rückzug auf das Westufer jetzt erfolgt ist, läßt sich noch nicht übersehen. Doch spricht alles dafür, daß man von Seiten der Saloniki-Armee eingesehen hat, daß eine Offensive gegen Demirhissar und Seres, zu der die Brückenköpfe dienen sollten, unmöglich ist.

### Luftschiffangriff auf südenenglische Festungen.

348° ins Meer gestürzt.  
Amittl. W.Z.B. Berlin, 18. Juni.  
Eine unterer Marine-Luftschiffgeschwader griff in der Nacht vom 16. zum 17. Juni unter Führung des Norwetter-Kapitän Viktor Schürer wichtige Festungen Südenenglunds mit beobachtetem guten Erfolge an.

Die Luftschiffe hatten erbitterte Kämpfe mit englischen See- und Landstreitkräften, sowie Fliegern zu bestehen. Hierbei wurde nach durchgeführtem Angriff „L 48“ von einem feindlichen Flieger über See brennend zum Absturz gebracht, wobei mit der gesamten Besatzung auch der vorgenannte Reichshaber den Heldentod fand. Die übrigen Luftschiffe sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.  
Aus London wird dazu amtlich gemeldet: Früh am Morgen näherten sich einige Luftschiffe der Ost- und Südostküste. Zwei kamen eine kurze Strecke weit inland. Einer überflog die ostenglische Küste, der andere kam über Kent. Der letztere war Bomben ab. Es wurde einiger Schaden angerichtet und in einer Kleinstadt brach Feuer aus. Ein Seppel in wurde in Flammen abgeschossen.

Russische Niederlage in Persien.  
„Ruski Invalid“ berichtet, daß es türkischen und kurdischen Abteilungen bei Keremanshah gelungen sei, die russische Front zu durchbrechen und die südwestlichen Verbindungen der russischen Truppen zu zerstören.

Dieser Durchbruch sei der Disziplinlosigkeit gewisser Truppenteile zuzuschreiben. Die persische Bevölkerung unterstütze die im Rücken der russischen Truppen operierenden feindlichen Abteilungen. Infolgedessen besondere Ereignisse seien die kaukasische und die westliche Front unter einem Oberbefehl gestellt worden. Das selbständige Kommando der im eigentlichen Persien operierenden Armee sei aufgehoben worden.

### Schweizerische Friedensarbeit in Rußland

Englands Einspruch.  
Der Redakteur der „Bernener Tagwacht“, der schweizerische Nationalrat Grimm, wurde in den letzten Tagen von der russischen Regierung ausgewiesen unter der Behauptung, er sei ein deutscher Agent. Die „Bernener Tagwacht“, das sozialistische Organ, das der Zimmerwald-Richtung nahesteht, bezeichnet die Behauptung der russischen Regierung, der ausgewiesene Robert Grimm sei ein deutscher Agent, als frechen Schwindel. Ebenso erklärt das „Bernener Tagblatt“, Grimm sei niemals ein deutscher Agent gewesen. Grimm hat in der Tat nichts Verbotenes unternommen. Die Wahrheit ist, daß die britische Regierung an einer von Brantings „Socialdemokraten“ durch In-diskretion veröffentlichten Depesche des schweizerischen Bundesrats Hoffmann an Grimm Anstoß nahm. Die britische Regierung sah in dieser Depesche Hoffmanns etwas Unneutralität, einen Schritt, der vor dem englischen Parlament verhandelt werden mußte.

Die Depesche an Nationalrat Grimm.  
Das Telegramm, über das man sich in England so aufregte, daß in Rußland die Ausweisung Grimms ver-

langt wurde, war auf Grund einer Anfrage Grimms an die Schweizerische Gesandtschaft in Petersburg entstanden. Herr Grimm ersuchte die Gesandtschaft, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, in welchem er in der Hauptsache ausführte, daß Friedensbedürfnis bei allgemein vorhanden; ein Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit; die Erkenntnis hiervon sei an maßgebender Stelle vorhanden; die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könne nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen. Unterbleibe diese Störung, so werde eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Daran wurde die Bitte geknüpft, Bundesrat Hoffmann möchte über die bekannten Kriegsziele der Regierungen Nationalrat Grimm unterrichten, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden. Am 8. Juni 1917 ist folgendes chiffrierte Antworttelegramm an die Schweizer Gesandtschaft in Petersburg abgegangen:

Bundesrat Hoffmann ermächtigt Sie, Grimm folgende mündliche Mitteilungen zu machen: Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, so lange mit Rußland eine gütliche Einigung möglich scheint. Aus wiederholten Besprechungen mit prominenten Persönlichkeiten habe ich die Überzeugung, daß Deutschland einen für beide Teile ehrenvollen Frieden anstrebt mit künftigen engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für den Wiederaufbau Rußlands. Nicht-einnützigung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftlicher Verständigung über Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart, Rückgabe des besetzten Gebietes gegen Rückgabe des von Rußland besetzten Gebietes im Österreich-Ungarn. Ich bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise ich auf die Kundgebung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, worin in grundsätzlicher Absicht über die Frage der Annexionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietsverweigerungen zum Zwecke der Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machtverweigerung.

Dieses Telegramm ist von unbesugter Seite entziffert und in der Zeitung „Socialdemokraten“, dem Organ Brantings, in Stockholm veröffentlicht worden. Dieser Schritt ist vom Bundesrat Hoffmann ohne jede Beeinflussung im Interesse der Förderung eines baldigen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden.

Hoffmanns Rücktritt.  
Bundesrat Hoffmann, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, hat seine Demission gegeben. Der Rücktritt ist durch die Angelegenheit Grimm veranlaßt. Der Berner „Bund“ nimmt Bundesrat Hoffmann dagegen in Schutz, daß man der bisherigen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten jetzt als einen Agenten Deutschlands hinstellen könnte. Hoffmann habe in der besten Absicht gehandelt, der Friedenssache zu dienen, nur sei ihm vorzumerfen, daß er vor seiner Amtskollegen von der Schweizer Regierung eine unredliche Geheimnistuerei betrieben habe. Auch müsse man die Haager Konferenz anrufen, nach der der Versuch zur Friedensvermittlung zwischen kriegführenden Ländern nicht als unfreundlicher Schritt eines Neutralen anzusehen sei.

### Gibraltar.

War es unbedachte Leichtfertigkeit oder war es herausfordernde Abschlüchtheit, die Anfang Juni die englischen Geschütze in Gibraltar Granaten auf das spanische Algeciras werfen ließ? — England erklärte, es sei „unglücklicher Zufall“ und gewähre eine höhnisch-höfliche „Benugnung“ durch feierlichen Empfang des Kommandanten von Algeciras in Gibraltar unter dem Salut der gleichen Kanonen, die eben erst die spanische Neutralität verletzt hätten.

Das trachende Versten der englischen Granaten inmitten des spanischen Friedens mußte wie ein Donnerschlag im ganzen Lande widerhallen, denn es beleuchtete bligartig die Stellung Spaniens am Rande des Weltkrieges und zeigte dem spanischen Volke seinen wahren Feind. Es ist die alte, nie verharrende nationale Wunde „Gibraltar“ wieder auf und erweckte die trübe Erinnerung an die Schmach, altspanischen Boden im Besitze des fremden Wlupators zu wissen, zu neuem Schmerz. Wie ein Dorn im Fleisch liegt das englische Felsenfest, das auf einer der „Säulen des Perikles“ am Ausgang des Mitteländischen Meeres in den unendlichen Ozean gelagert, den Seeverkehr beherrscht und kontrolliert, in der andalusischen Landschaft, wie eine fremde, haffenswerte Zwingburg überhaut der tagende Kalkfels mit seinen gewaltigen Festungswerken und seinen drohenden Feuerständen die südspanischen Lande und das spanische Meer. Seit 1704 sitzen die Engländer hier. In diesem Jahre nahmer sie es während des spanischen Erbfolgekrieges angeblich für König Karl III. gegen König Philipp IV. von Bourbon in Besitz, gaben es aber wegen seiner feestrategischen Bedeutung im Frieden zu Utrecht nicht wieder heraus und verlangten schließlich 1729 von dem zerrütteten und durch die Wirren des Erbfolgekrieges geschwächten Spanien die endgültige Abtretung. Vergeblich versuchten die Spanier später, in den Jahren 1779—82 die Festung zurückzuerobern. Sie ist bis auf den heutigen Tag englisch geblieben.

Die gefährliche und verhängnisvolle Bedeutung dieses gerandeten Landstriches erkennt Spanien jetzt, wo englische Granaten von Gibraltar aus auf spanischen Boden geworfen wurden, deutlicher denn je. Ihr Echo wird in den spanischen Landen das Gefühl der knirschend ertragenen Demütigung und Schändung durch England flammend emporlodern lassen, wie ihm der Erzbischof von Tarragona, Antolin, während des Krieges erst Ausdruck verliehen hat:

„Gibraltar ist ein Name, der wie eine Peitsche knallt, die unser Gesicht blutrot färbt. Dieser Schandfleck muß von der Karte weggewischt werden.“

Mit der scheinheiligen Versicherung, für die Rechte der kleinen und der unterdrückten Nationen zu kämpfen, versucht England vor der Welt und vor sich selber sein schamlos eigensüchtiges Eingreifen in den großen Krieg zu bewähren. Und Präsident Wilson, der würdige Sekundant des angelsächsischen Bundesgenossen, deilt sich, das Gleiche zu erklären. Glaubt jemand in Spanien im Ernste, daß England je daran denken wird, aus Gründen der feierlichst als Kriegsziel proklamierten Durchsetzung des Nationalitätsprinzips freiwillig auf das englische Gibraltar zu verzichten?

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Der Bundesrat hat am 14. Juni zur Ausführung des Rohlensteuergesetzes beschlossen, daß die Steuerermäßigung bei dem Bezuge von Hausbrandkohlen für die Inhaber von Kleinwohnungen einzutreten hat. Als Hausbrandkohle kommen neben der Breitsohle auch Bechensohle und Gasohle aus inländischer Steintohle in Betracht; beide Kohlsorten sind bei der Grube zu bestellen und dort mit 10 % zu versteuern. Die Gemeinden haben ferner Einrichtungen zu treffen, damit die Hausbrandkohlen zu Preisen geliefert werden, die unter den sonst üblichen mindestens um den Betrag der Steuerermäßigung bleiben, und daß ferner die Kohlen nur an Empfangsberechtigte und für die bestimmten Zwecke abgegeben werden. Der Weiterverkauf der bezogenen Kohle ist unterlagt.

### Schweiz.

Die in den letzten Tagen in Bern abgehaltene internationale Konferenz von Kulturvereinen, in der 28 Vereine, darunter verschiedener kriegführender und neutraler Staaten vertreten waren, nahm einstimmig eine Entschliessung an, worin die Friedensvorschlüge der Zentralmächte vom 12. September gebilligt werden. Der von den Zentralmächten beantragte Friedenskongress sei durchaus notwendig, um im Austausch gegenseitiger Zugeständnisse einen Verständigungsfrieden zu verwirklichen. Die Konferenz stellte fest, es sei immerhin zu empfehlen, die Friedensbedingungen bekanntzugeben.

### Frankreich.

In Frankreich hat die deutsche sozialdemokratische Kriegszieleklärung einen wahren Tumult hervorgerufen. Der „Matin“ leitet sich folgende Abzweigung derer um Scheidemann: Jede Erörterung ist überflüssig mit den unversöhnlichen Vertretern des deutschen Größenwahns. Angesichts ähnlicher Annahmen wird das französische Volk erkennen, wie gut Ribot durch sein Vaterlandsgefühl und seinen klaren Blick für die Dinge beraten war, als er vorher im Parlament erklärte, die von Deutschland angeregte Stockholmer Zusammenkunft sei lediglich eine schmachvolle Falle. Die Tagesordnung der deutschen Majorität, fügt „Matin“ hinzu, wird unter uns Einigkeit schaffen.

### Spanien.

Die Aufsehen erregenden Marzannachrichten über schwere innere Wirren in Spanien verstimmen plötzlich. Die „Times“ lassen sich aus Madrid melden, daß volle Beunruhigung eingetreten sei. Die verhältnißlose Haltung Datos beschwichtigte das Publikum und die Unruhbewegung wurde abgewendet durch das den Infanterieoffizieren gemachte Zugeständnis des Rechts, Verteidigungsausschüsse zu bilden. — Kriegsminister Primo de Ribera erwog die Soldderhöhung für das spanische Militär, um die Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel auszugleichen. Nach anderen Nachrichten aus englischer Quelle sei die Ruhe nur scheinbar. Die Republikaner rührten sich und die Arbeiterklassen drohten mit einem allgemeinen Streik.

### Griechenland.

Über die Aussichten des Herrn Venizelos liest man im „Secolo“: Die Entthronung König Konstantins wurde auf der Zusammenkunft in Savoyen beschlossen. Die französischen Delegierten hätten sogar die Ausrufung der Republik verlangt, doch hätten die Vertreter eines anderen Landes sich dagegen erklärt, da ihnen der Gedanke, Venizelos als Präsident zu sehen, nicht behagte. Man wählte daher einen Mittelweg und beschloß einer Rückkehr Venizelos als Ministerpräsident nichts in den Weg zu legen. Man glaubt in Frankreich, daß die natürliche Folge der Entthronung Konstantins die Rückkehr Venizelos oder eines seiner Anhänger an die Spitze der Regierung sein werde. König Konstantin hat nach Feststellung des griechischen Gesandten in Bern bisher nicht förmlich abgedankt. Er wurde nur gezwungen, das Land zu verlassen, und hat während dieser Zeit die Krone in die Hände seines zweiten Sohnes gegeben, der gewissermaßen eine Regentenschaft ausübte.

Die Entente im Verein mit den Vereinigten Staaten scheint allen Ernstes den Plan, Griechenland die Republik anzuzuwenden, zu gegen. Wenigstens findet die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bereits die Ausrufung der griechischen Republik an. In Paris hegt man allgemein die Überzeugung, daß Herr Venizelos, der am 1. Juli spätestens wieder an die Spitze der griechischen Regierung treten werde, Präsident dieser Republik werden wird. Denn König Alexander, dessen Erlaß mit der Forderung nach neuer Einigkeit und Stärke Griechenlands im Sinne seines verehrten und vielgeliebten Vaters in der französischen Presse den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht hat, wird jetzt als bloßer Statthalter auf dem erledigten Thron besiedelt. Inzwischen fahren die „Beitrier“ Griechenlands fort, neue Truppen zu landen und jede widerstrebende Regierung in Armeen und Volk mit den schärfsten Maßnahmen zu unterdrücken.

### Rußland.

Die in Petersburg zusammengetretene Hauptversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte hat einstimmig den Vorsitzenden des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, Tschelidze, zum Vorsitzenden gewählt. Der Minister des Äußeren Teresschenko überreichte dem nach Frankreich zurückreisenden französischen Minister Albert Thomas vor der Abreise ein Schriftstück, in dem gesagt wird, die unerwidertlich der Sache der Alliierten verbundene russische Demokratie nehme den Entschluß jener alliierten Mächte mit lebhafter Freude auf, die sich bereit erklärt hätten, dem Wunsch der vorläufigen Regierung Rußlands nachzukommen, die Vereinbarungen, die die endgültigen Kriegsziele betreffen, einer neuen Durchsicht zu unterziehen. Rußland regt zu diesem Zweck die Zusammenkunft von Vertretern der alliierten Mächte an, die demnächst stattfinden könnte, sobald sich günstige Bedingungen dafür bieten. Teresschenko wies ferner beim Empfang der amerikanischen diplomatischen Mission auf die Übereinstimmung der russischen und amerikanischen Regierung über die Zukunft der Demokratie und die Freiheit der Völker hin. — Die Gemeinbewähler ergaben fast überall den Sieg der radikalsten kriegsfeindlichen Richtungen gegenüber den der provisorischen Regierung angenehmen Kandidaten. — Der russische Verkehrsminister, der sich jüngst noch hoffnungsfreudig über die Lage äußerte, erklärte nunmehr einem Mitarbeiter der „Petersburger Bienenzeitung“, er habe die äußerst trostlose Lage Rußlands erkannt. Die entscheidende Stunde in der russischen Revolution sei gekommen. Rußland stehe am Wendepunkt. Die nächsten zwei Wochen müßten entscheiden, wer die eigentliche Macht in Rußland besitze.